

Strahlung: Weltgesundheitsorganisation am Gängelband der IAEO

Seit 50 Jahren: Atom-Knebel für die WHO

Demonstration bei „Ost-West“-Konferenz in der Hofburg

Der 28. Mai 2009 war der 50. Jahrestag eines weltweit – sogar unter Atomkritikern – kaum bekannten, dabei ebenso weltweit wirksamen Abkommens zwischen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO/IAEA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es unterwirft die WHO dem Einfluss der Atomlobby. Deutlich wie nie zuvor ist die fatale Rolle dieses Abkommens anhand des „Tschernobyl-Managements“ zutage getreten. Der angeschlossene Artikel aus *Le Monde Diplomatique* vermittelt einen guten Überblick darüber.

Das Dokument bindet der WHO die Hände in Sachen Radioaktivität: es kommt einem Abkommen mit der Tabakindustrie gleich, welches beide Teile scheinbar gleich zu gegenseitiger Information und Konsultation in Sachen Tabak, Rauchen und Auswirkungen verpflichten, praktisch aber die WHO bremsen und die Industrie begünstigen würde. Denn nur hinter der einen Seite stehen in solchen Fällen handfeste Geld- und Machtinteressen. Aus diesem Grund hält eine Plattform von Schweizer und



Kundgebung am Josefsplatz bei der Hofburg in Wien. Anonyme IAEO-Vertreter/innen verschließen den vor ihnen knieenden Mediziner/innen, darunter Dr. Moshhammer, ein Vorsitzender der ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt, und der Präsident von IPPNW-Austria, Dr. Klaus Renoldner, den Mund. Die WHO kuscht vor der IAEO. – Rechts Véronique Ratel und Jean-Yves Peillard von For an Independent WHO in Genf, extra aus Frankreich angereist!

frz. Organisationen (www.independentwho.info) seit dem Tschernobyl-Jahrestag 2007 **ununterbrochen jeden Werktag vor dem WHO-Sitz in Genf eine Mahnwache** für deren Unabhängigkeit von der IAEO. **In Österreich** hat die PLAGE

diesen Skandal aufgegriffen. Gemeinsam mit *Ärztinnen & Ärzte für eine gesunde Umwelt (ÄGU)*, *IPPNW-Austria/OMEGA (Österr. Mediziner gegen Gewalt und Atomgefahren)* sowie der *Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft* wollen wir zum einen dieses „Kne-

belabkommen“ IAEO-WHO von 1959 überhaupt einmal bekanntmachen. Andererseits wollen wir die Verantwortlichen dazu bewegen, für dessen Auflösung bzw Revision einzutreten. Als Sitz der IAEO ist Österreich bzw Wien wie kein anderer Ort dazu berufen, parallel zum

Geheimsache Tschernobyl – Strahlenschäden sind für die WHO tabu

von Alison Katz (*Le Monde diplomatique* vom 14.3.2008)



Prof. Vladimir Nesterenko, einer der angesehensten Physiker und Atomwissenschaftler der Sowjetunion, der durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und die Folgen vom Atombefürworter zum entschiedenen Gegner und einem der besten Kenner der Auswirkungen wurde. Er verstarb vor wenigen Monaten. Er wußte, wie fatal die Unterordnung der WHO unter die IAEO für die Tschernobyl-Geschädigten und für die Wahrheit in der Folgenforschung ist. Deshalb nahm er mehrfach an der Mahnwache vor der WHO in Genf teil.

WHO-Sitz Genf Schauplatz öffentlicher Aktionen gegen diese Vereinbarung zu sein.

Zu besagtem 50. Jahrestag des Abkommens Ende Mai kam Dr.med. Michel FERNEX, emeritierter Professor für Innere Medizin an der Universität Basel und Präsident des französisch-schweizerischen Vereins *Die Kinder von Tschernobyl* nach Österreich. Fernex ist ein Schweizer Arzt von Rang (Mitarbeit an WHO-Programmen, hohe Funktionen bei IPPNW/Ärztinnen & Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs). Er hat sich intensiv mit dem Wechselspiel zwischen IAEA und WHO befaßt, in der Bewältigung der Tschernobylfolgen und darüberhinaus. Die Aktionen und Polit-Gespräche mit Prof.Dr. Fernex am 28. Mai in Wien können Sie anhand Kasten und Fotos nachverfolgen.

Die Protokolle der UN-Konferenzen zum Thema Tschernobyl, die 1995 in Genf und 2001 in Kiew stattfanden, wurden nie veröffentlicht. Das Gegenteil behauptete noch im Juni letzten Jahres WHO-Sprecher Gregory Hartl. Selbst als Journalisten nachhaken, hielt man an dem Lügenmärchen fest. Lediglich die Zusammenfassungen der in Kiew gehaltenen Vorträge – sowie zwölf von mehreren hundert der in Genf eingereichten Redemanuskripte – wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Seit dem 26. April 2007, dem 21. Jahrestag von Tscherno-

Die Initiative fordert, Artikel 1, Paragraf 2 im Abkommen zwischen der WHO und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO)² zu revidieren. Nach dieser Bestimmung muss die WHO, bevor sie im Nuklearbereich „ein Forschungsprogramm oder eine Maßnahme einleitet“, die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) konsultieren, um die betreffende Frage „einvernehmlich zu regeln“.

Eine Änderung dieses Artikels soll auf der Weltgesundheitsversammlung³ im kommenden Mai durchgesetzt werden.⁴ Die Initiative argumentiert, dass die

der Gesundheits- und Wissenschaftspolitik gar nicht erst mitreden sollte.

Einige Beispiele können zeigen, warum. So konnte die IAEO mit ihrem Veto von der WHO bereits geplante Konferenzen zum Thema Radioaktivität und Gesundheit verhindern. Die WHO wiederum hat die grotesken Mortalitäts- und Morbiditätsstatistiken abgesehen, mit denen die Atomagentur nach Tschernobyl belegen wollte, dass es nur 56 Tote und 4 000 Fälle von Schilddrüsenkrebs gegeben habe.⁵

Die WHO an der kurzen Leine der Atombehörde

Die Leugnung von Strahlenkrankheiten führt unausweichlich zu Versorgungsmängeln. Weltweit leben neun Millionen Menschen in stark radioaktiv verseuchten Gebieten. Seit 22 Jahren nehmen sie kontaminierte Nahrungsmittel zu sich, mit den bekannten Folgen.⁶ Doch die Befürworter der Kernenergie betrachten jede Untersuchung über die schädlichen Auswirkungen ionisierender Strahlung nur als wirtschaftliches Risiko, das man um jeden Preis verhindern muss.

Entsprechend tauchten in der Studie, die 1991 von den Gesundheitsministerien der Ukraine, Weißrusslands und der Russ. Föderation gefordert wurde, Forschungen über mögliche Schädigungen des menschlichen Erbguts gar nicht erst auf. Obgleich diese Länder ihren Forschungsantrag bei der WHO gestellt hatten, lag die Federführung des Projekts am Ende bei der Atombehörde. Und die setzte andere Prioritäten, etwa mit einer Studie zur Entwicklung von Karies.

Dieser Interessenkonflikt hatte für hunderttausende Menschen fatale Konsequenzen, wie unabhängige Wissenschaftler und Institutionen aufgezeigt haben.⁷



Im Hof der alten Festung von Genf sind zum Tschernobyl-Jahrestag die Fotos einer Reihe an Strahlenfolgen verstorbener Aufräumarbeiter von Tschernobyl aufgestellt. Abertausende dieser Liquidatoren bringt das Abkommen IAEO-WHO um die nötige bzw ausreichende medizinische und finanzielle Hilfe. Dagegen protestieren die Professoren V. Nesterenko (vgl. Bild links oben), A. Jablov (Umweltberater von Rußlands ex-Präsidenten Jeltsin), M. Fernex (Innere Medizin, Die Kinder von Tschernobyl Belarus).

byl, werden die Angestellten der Weltgesundheitsbehörde jeden Morgen von Demonstranten empfangen. Deren Plakate weisen darauf, dass rund um Tschernobyl eine Million Kinder an den Folgen der radioaktiven Verseuchung erkrankt sind.¹ Die Mahnwachen organisiert die internationale Initiative „For an Independent WHO“. Sie bezichtigt die WHO der Komplizenschaft bei der Vertuschung der Folgen des Reaktorunglücks sowie der unterlassenen Hilfeleistung für die betroffene Bevölkerung.

WHO von der IAEO unabhängig sein muss, wenn sie die Fakten, auf deren Basis man geeignete Therapien für die Opfer der radioaktiven Verseuchung entwickeln könnte, wissenschaftlich und unvoreingenommen bewerten soll.

Die IAEO verfolgt gemäß ihrer Statuten das Ziel, „die Nutzung der Atomenergie für Frieden, Gesundheit und Wohlstand in der ganzen Welt zu fördern und zu verbreiten“. Tatsächlich ist sie eine Lobbyorganisation (mit militärischer Dimension), die in

Dabei sind die schlimmsten Folgen noch gar nicht abzusehen, da sich die radioaktiven Isotope erst nach und nach in den inneren Organen anreichern und die Schäden am menschlichen Genom erst bei künftigen Generationen sichtbar werden.

Hunderte epidemiologischer Studien, die in der Ukraine, Weißrussland und der Russischen Föderation durchgeführt wurden, ermittelten eine signifikante Erhöhung von Krebserkrankungen jeden Typs (mit tausenden von Todesfällen), einen Anstieg der Kinder- und perinatalen Sterblichkeit sowie eine große Zahl von Spontanaborten. Hinzu kommt eine wachsende Zahl von Deformationen und genetischen Anomalien, Störungen der geistigen Entwicklung, neuropsychologischen Erkrankungen, Fällen von Blindheit, Erkrankungen der Atemwege, des Herz-Kreislauf-Systems, des Magen-Darm-Trakts, der Harnwege sowie Stoffwechselkrankheiten.⁸

Doch wer wird diesen Studien Glauben schenken? Vier Monate nach Tschernobyl erklärte der Leiter für Reaktorsicherheit der IAEO, Morris Rosen: „Selbst wenn jedes Jahr ein solcher Unfall passieren würde, wäre die Kernenergie für mich weiterhin eine günstige Energiequelle.“⁹ Wenn die Öffentlichkeit über die wahren Folgen der Katastrophe von 1986 Bescheid wüsste, wären alle Debatten über die Atomenergie blitzschnell beendet. Deshalb hat die WHO Angst vor den Kindern von Tschernobyl.

Jahrzehntelang haben die Lobbys der Tabakindustrie, der Agrar- und Petrochemie die Umsetzung von Gesundheits- und Umweltschutzmaßnahmen blockiert, die ihre Profite bedroht hätten. Doch die Atomlobby ist noch mächtiger: Sie hat die Regierungen der Atomstaaten hinter sich, insbesondere die USA, Großbritannien und Frankreich, sowie mächtige staatenübergreifende Organisationen. Diese staatlich gesponserte militärisch-industrielle Lobby bringt unentwegt eine Unzahl falscher Informationen in Umlauf.

Korrupte Wissenschaft-

ler sind selbst in den angesehensten Universitäten und Forschungseinrichtungen anzutreffen. In einem Leitartikel der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* werden die Universitäten als „regelrechte Unternehmen“ bezeichnet, „die ihre Entdeckungen eigennützig in bare Münze umwandeln, statt ihren Status als unabhängige Forschungseinrichtungen zu verteidigen“.¹⁰ Die von wissenschaftlichen Kapazitäten unterschriebenen Expertisen über die „Sicherheit“ von Nuklearanlagen werden häufig von der Atomlobby selbst in Auftrag gegeben oder finanziert oder beides.

Bekanntlich wurde auch der Treibhauseffekt von Wissenschaftlern geleugnet, die sich von Konzernen kaufen ließen. Aber während die für den Klimawandel verantwortlichen Emissionen (theoretisch) noch begrenzt werden können, ist das bei den nuklearen Abfällen der Atomenergie nicht mehr möglich. Selbst wenn man ab morgen alle Formen atomarer Nutzung einstellen würde – ihre Hinterlassenschaften würden das Leben auf der Erde trotzdem noch jahrtausendlang beeinflussen.

Die „Wissenschaft“, die Informationen über Atomenergie im Allgemeinen und über die Katastrophe von Tschernobyl im Besonderen liefert, ist bei der Frage nach dem Gesundheitsrisiko zugleich Richter und Partei. Sämtliche mit Atomenergie befassten Institutionen einschließlich internationaler Organisationen wie Euratom oder bestimmter UNO-Einrichtungen funktionieren wie eine „inzestuöse, nach außen abgeschlossene Familie“.¹¹ Die Fehlleistungen dieser Pseudowissenschaft und ihrer Methoden reichen von der unverblühten Übertreibung bis zum subtilen Betrug.¹² In der ersten Phase, gleich nach dem Unfall von Tschernobyl, ging es um die Fälschung und Zurückhaltung von Daten. Radioaktivitätsmessungen und Untersuchungen über Krebserkrankungen fanden einfach nicht statt. Unabhängige Forscher und Institutionen, die

die Folgen der nuklearen Verseuchung aufdeckten, wurden attackiert und ihre Studien zensiert. Tausende von Untersuchungen, die in den drei am härtesten betroffenen Ländern Ukraine, Weißrussland und Russland entstanden waren, wurden nicht übersetzt. Und bei Fachkonferenzen blieben ganze Forschungsgebiete unberücksichtigt. Das galt zum Beispiel für Untersuchungen zu chronischen, inneren Strahlenschäden durch geringe Dosen, denen nahezu die gesamte Bevölkerung rund um Tschernobyl ausgesetzt war und noch ist.

Ein Krebspatient, der fünf Jahre überlebt, gilt als geheilt

Zur zweiten Sequenz von Fehlleistungen gehören die ausgefallenen Rechenkunststücke von Spezialisten, die eine durchschnittliche Strahlenbelastung der Bevölkerung berechnen und dabei die enormen regionalen Unterschiede unter den Tisch fallen lassen. Dafür gibt es reichlich Beispiele: Studien werden nach zehn Jahren abgeschlossen, damit die Langzeitmortalität und -morbidity nicht mehr erfasst werden muss. Ein Krebspatient, der fünf Jahre überlebt hat, wird als geheilt definiert. Eine Studie beschränkt sich auf Krebs oder erfasst nur die Überlebenden des Super-GAUs oder beschränkt sich auf die drei am meisten betroffenen Länder. Eine andere registriert die Verringerung der Krebserkrankungen bei Kindern, dabei sind diese Kinder inzwischen womöglich als Erwachsene an Krebs erkrankt.

Zwischen 1950 und 1995 ist in den USA die jährliche Rate neuer Krebserkrankungen jeden Typs um 55 Prozent gestiegen, wie das Nationale Krebsinstitut festgestellt hat. Ähnliche Tendenzen wurden auch in Europa und allen industrialisierten Ländern beobachtet. 75 Prozent dieser Neuerkrankungen gehen auf das Konto von Krebsarten, die nicht von Nikotinkonsum herrühren. Aber angeblich ist die erhöhte Krebsrate nur auf die verbesserte Diagnostik oder die insge-

samt höhere Lebenserwartung zurückzuführen.¹³

Natürlich liegt die Zahl der Krebserkrankungen umso höher, je reicher und entwickelter ein Land ist. Aber das ist kein Grund, die augenscheinlichste Ursache – Umweltgifte und chemische und radioaktive Verseuchung – zu ignorieren und stattdessen, wie es die sogenannten Spezialisten tun, den Opfern ihre ungesunden Lebensgewohnheiten vorwerfen.

Heute geht es darum, seriöse wissenschaftliche Erklärungen und wirksame Prävention zu fordern, die bei den realen Ursachen der Krankheit ansetzt. Deshalb rufen Selbsthilfegruppen zum Boykott mächtiger Wohltätigkeitsorganisationen auf, die eng mit der Pharmaindustrie und Medizintechnik verbandelt sind. Krebspatienten versuchen die wahren Verantwortlichen für die Verschleierung der Gefahren der Atomenergie vor Gericht zu ziehen.¹⁴ Und Bürgerinitiativen kämpfen dafür, Studien zur Häufigkeit von Kinderkrebs in Auftrag zu geben.¹⁵

Die WHO müsste sich vor allem um zwei Dinge kümmern: um das Fehlverhalten von Wissenschaftlern und um die Verflechtung von Industrie, Universitäten und Forschungsinstitutionen. Im Januar 2007 versicherte Margaret Chan bei ihrer Wahl zur Generaldirektorin, eine der Stärken der WHO sei ihre Kompetenz im Gesundheitswesen. „Unsere Direktiven haben absolute Autorität“, erklärte Chan. Das gilt allerdings nicht für den Themenbereich Radioaktivität und Gesundheit, wo die IAEO die absolute Autorität besitzt, ohne über irgendeine Kompetenz in Sachen Gesundheit zu verfügen.

Ist damit zu rechnen, dass die Mitgliedstaaten der WHO Widerstand leisten werden? *The Lancet* meint: „Die Regierungen haben auf nationaler und regionaler Ebene immer wieder ihre Pflicht vernachlässigt, die Interessen ihrer Bevölkerung über den Profit zu stellen“.¹⁶ Es ist höchste Zeit, endlich unabhängige und zuverlässige Untersuchungen über die gesundheitlichen Folgen der



zivilen und militärischen Nutzung von Atomenergie zuzulassen. Und deren Ergebnisse dann auch ohne Einschränkungen zu veröffentlichen.

Anmerkungen:

- (1) s. Charaf Abdessamed, „Les antinucléaires font le piquet devant l'OMS“, „Geneva Home Information, 6/7.6.2007.
- (2) Die 1957 gegründete autonome Organisation unter dem Dach der UN dient als internationales Forum zur Überwachung und Koordination der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Das WHO-IAEO-Abkommen ist seit Mai 1959 in Kraft.
- (3) Wichtigstes WHO-Gremium, in dem die 193 Mitgliedstaaten vertreten sind; entscheidet über die langfristige Politik.
- (4) Siehe den internationalen Aufruf im Internet: www.independentwho.info.
- (5) „The Chernobyl Forum, Chernobyl's Legacy. Health, Environmental and Socio-Economic Impacts. 2003-2005“, IAEA/WHO/UNDP/FAO/ UNEP/UN-OCHA/UNSCAR/WB, Wien, April 2006; www.iaea.org/Publications/Booklets/Chernobyl/Chernobyl.pdf.
- (6) Michel Fernex, „La santé: état des lieux vingt ans après“, in: Galia Ackerman, Guillaume Grandazzi und Frédéric Lermarchand, „Les silences de Tchernobyl“, Paris (Autrement) 2006.
- (7) Pierpaolo Mittica, Rosalie Bertell, Naomi Rosenblum und Wladimir Tchertkoff, „Chernobyl: The Hidden Legacy“, London (Trolley Ltd) 2007.
- (8) Alex Rosen, „Effects of the Chernobyl Catastrophe - Literature Review“, Januar 2006; www.ipnw.org/ResourceLibrary/Chernobyl20Rosen.pdf.
- (9) „Le Monde, 28. August 1986.
- (10) „The Tightening Grip of Big Pharma“, in: The Lancet, 14. April 2001, Bd. 357, Nr. 9263, S. 1141.
- (11) Rosalie Bertell, „No Immediate Danger? Prognosis for a Radioactive Earth“, Toronto (Women's Press) 1985.
- (12) Siehe etwa Chris Busby, „Wolves of Water: A Study Constructed from Atomic Radiation, Morality, Epidemiology, Science, Bias, Philosophy and Death“, Aberystwith (Green Audit) 2006. Wladimir Tchertkoff, „Le crime de Tchernobyl: le goulag nucléaire“, Arles (Actes Sud) 2006. Permanent People's Tribunal, International Medical Commission on Chernobyl, „Chernobyl. Environmental, Health and Human Rights Implications“, Wien, 12.-15. April 1996.
- (13) Samuel Epstein, „Cancer-Gate. How to Win the Losing Cancer War“, New York (Baywood) 2005.
- (14) So wurde in Frankreich im Rahmen des Falls Tschernobyl/Schildrüsenkrebs ein Verfahren wegen schwerer Täuschung gegen Professor Pierre Pellerin, den damaligen Direktor der zentralen Strahlenschutzbehörde, eingeleitet.
- (15) Seit Jahren wird zwar eine Verbindung zwischen atomaren Anlagen und infantiler Leukämie vermutet, etwa im Umkreis der norddeutschen Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel. Doch erst seit kurzem gibt es eine vom Bundesamt für Strahlenschutz veröffentlichte Kinderkrebsstudie. Siehe dazu Süddeutsche Zeitung vom 1., 26. und 28. Februar 2008.
- (16) The Lancet, siehe Anmerkung 10. Aus dem Französischen von Sabine Jainski Alison KATZ vom Centre Europe – Tiers Monde (Cetim) in Genf arbeitete 18 Jahre für die Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Stück in drei Akten

Zeit der Handlung: 28. Mai 2009, Vormittag – Mittag.

Orte der Handlung: Hofburg zu Wien, Josefsplatz. – Strandbar Hermann, am Donaukanal. – Gesundheitsministerium, Radetzkystraße.



Die handelnden Personen: Prof. Dr. Michel FERNEX, emeritierter Professor für Interne Medizin an der Universität Basel, Vizepräsident von IPPNW-Schweiz (Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs), Collectif Independent WHO, Genf; Doz. Dr. Hanns MOSHAMMER, ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt (ÄGU); Dr. Klaus RENOLDNER (OMEGA / IPPNW-Austria); Dr. Gerd OBERFELD, Umweltmedizin-Referent der Österreichischen Ärztekammer; Heinz STOCKINGER und Thomas NEFF, Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), Salzburg; weitere Aktivistinnen und Aktivisten dieser Organisationen sowie der Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft. Später: ein Minister, Ministerberater.

Des Stückes erster Akt: „Die Knebler und die Geknebelten“, Kundgebung vor der internationalen Konferenz „Geteilt Geeint – 1989-2009“ des österreichischen Außenministeriums in der Hofburg. Motto der Kundgebung: „1959-2009 – 50 Jahre sind genug: Unabhängigkeit der WHO von den Atom-Promotern!“

2. Akt: „Atomlobby knebelt WHO seit 50 Jahren – Atomgegner fordern österreichische Initiative“, Pressekonferenz. Tritt auf: 1 gezählte Medizinjournalistin. Alle übrigen Medien im festen Dornröschenschlaf (Ausnahme: SN und Die Furche).



Bei der Pressekonferenz: Heinz Stockinger, PLAGE, und Medizinjournalistin (li.), rechts Dr. Michel Fernex, emeritierter Professor für Innere Medizin der Universität Basel.

3. Akt: „Ein Minister hat den Glauben – allein, ihm fehlt die Tat!“. Gespräch mit BM für Gesundheit Alois STÖGER. Kern der Ministerreaktionen: Er glaubt gern – er kennt das ja von der Pharmaindustrie –, daß es solche Beeinflussungen der öffentlichen Meinung und Mechanismen zur Lenkung von Forschung gibt, wie wir Atomgegner es dem IAEO-WHO-Abkommen unterstellen. Doch gerade im Bereich der Atomkraft und der Radioaktivität gibt es heute eine so kritische Öffentlichkeit, daß auch die kritischen Forscher und Gruppierungen sich ausreichend Gehör verschaffen können. Statt des Riesenaufwands, um vielleicht die Änderung eines internationalen Abkommens zu erreichen, kann er sich vorstellen, Vorhaben zu unterstützen, die die mangelnde Initiative der WHO zB zu eigenständigen Erforschung der Strahlenfolgen ausgleichen helfen. (> Siehe nebenstehend: „(K)ein Ergebnis beim Minister?“)

Das Stück spielt vor der Kulisse der dauerhaften Präsenz der IAEO in Wien und des inbrünstigen Bestrebens der Spitzen von Staat und Stadt (Wien), die UNO-Teilorganisation nur ja nicht zu „vergrausigen“. Seit jüngerem ebenfalls im politischen Hintergrund erschienen: **parlamentarische Anfragen des NR-Abgeordneten Johann Maier (SPÖ)** an Gesundheits-, Umwelt- und Außenminister zur Atomgegnerkritik am IAEO-WHO-Abkommen.

(K)ein Ergebnis beim Minister?

Gesundheitsminister Alois Stöger hat das Gespräch mit der Delegation von ÄGU, OMEGA, Wr. Plattform für atomkraftfreie Zukunft und PLAGE mit Prof. Fernex und Umweltmediziner Dr. Oberfeld von der Ärztekammer deutlich über die zugestandene halbe Stunde hinaus ausgedehnt. Er glaubt durchaus auch, daß Industrie- und Machtinteressen, wie wir sie hinsichtlich IAEA und WHO dargelegt haben, zB die Forschung beeinflussen, Forschungsergebnisse lenken können. Er kenne das „von der Pharmaindustrie“. Einen stärkeren Atomgegner als ihn gebe es nicht. Aber: Initiative zur Revision des IAEO-WHO-Abkommens werde er keine unternehmen. Gerade im Bereich der Atomenergie hätten die kritischen Experten mit den heutigen Kommunikationsmitteln jederzeit die Möglichkeit, ihre Ansichten und Forschungsergebnisse zu verbreiten. Mit anderen Worten: strubbelt euch weiter ruhig ab, um euch Gehör zu verschaffen; Anerkennung durch offizielle Stellen, das braucht ihr nicht...



BM A. Stöger

Gut beraten?

Gleichzeitig saß mit am Tisch des Ministers der Abteilungsleiter für medizinischen Strahlenschutz, Dr. Zechner – einer derer, für die Forschungen, Studien geradezu nicht existieren, wenn sie nicht von etablierten Organisationen wie der Atomenergiebehörde stammen oder lanciert wurden. Für ihn scheinen Unterdrückung und Lenkung von Studien schlicht nicht zu existieren bzw belanglos zu sein. Wenn man ihn auf die Leugnung gesundheitlicher Schäden durch die französischen Atomtests an Militärpersonal und Einwohnern in der Sahara und in Polynesien anspricht, die der Atomstaat Frankreich jetzt aber nach jahrzehntelanger Geheimhaltung von Meßdaten und anderen Praktiken erstmals zugibt, stürzt er sich förmlich ins Abwimmeln: „Es sind hier aber bei weitem nicht so viele erwiesenermaßen geschädigt, wie oft behauptet wird!“ Den Kernfragen, daß hier von allen Regierungen seit de Gaulle geleugnet, verzwiegen, gelogen wurde; daß damit Tausende Atomtestgeschädigte nicht einmal mickrige Entschädigungen erhielten, die für die verlorene Gesundheit ohnehin nicht wirklich „entschädigen“ hätten können; daß alle diese Opfer durch „Niedrigstrahlung“ krank wurden und zum Teil gestorben sind, und es deshalb hoch an der Zeit wäre, daß die Atombetreiber und staatliche Stellen ihr Dogma fallen lassen, wonach Niedrigstrahlung gar keine bedeutsame Erhöhung von Krebs usw. verursachen könne – diesen Kernfragen stellt sich der oberste Fachbeamte des Ministers in Sachen Strahlen und Strahlenfolgen nicht. Kein Wunder, daß Zechner auch keine unbilligen Auswirkungen des Abkommens zwischen Weltatom- und Weltgesundheitsbehörde erkennen kann...

Mehr als eine Maus gekreißt?

Immerhin fragte Min. Stöger, welche konkreten Aktivitäten er unterstützen könne, mit denen eventuell Versäumnisse zumindest teilweise ausgeglichen würden, die die Plattform Für eine unabhängige WHO auf das Abkommen mit der IAEO zurückführt.

Fernex und Oberfeld hatten dafür einen Vorschlag parat:

- Studien zu finanzieren, in denen allen denkbaren Ursachen zB für epigenetische Schäden umfassender und offener als bisher nachgegangen würde, d.h. für indirekte Schäden an den Genen, für deren Verursachung durch niedrige Strahlendosen zunehmend Belege gefunden werden.
- Oder ein erstes Symposium zu organisieren, auf dem die vorhandenen Forschungsergebnisse zu epigenetischen Schäden und deren Ursachen einmal zusammengefaßt und im Tagungsband veröffentlicht würden.

Stöger „kann (sich) vorstellen, daß das Gesundheitsministerium so etwas unterstützt, wenn etwa die Ärztekammer hier ein Projekt vorlegt“. Was de facto heißt: alle Arbeit – eine Riesenarbeit – bei der Ärztekammer bzw bei deren Umweltreferenten, ohne echte Zusage, das ausgearbeitete Projekt dann auch zu finanzieren oder mitzufinanzieren.

Der Berg hat also eine Maus geboren. Dennoch: wir wollen Regierung und Gesundheitsminister hier nicht aus der Pflicht lassen und mit der Vorlage eines Projekts seitens der Österreichischen Ärztekammer die Probe aufs Exempel machen. Weitere Aktionen und Informationsarbeit werden wohl nötig sein, um den bescheidenen guten Absichten nachzuhelfen.

VERSAGER



„Auch in der Medizin fallen (...) strahlende Substanzen an, die ebenfalls entsorgt werden müssen“ – Unternehmer und Finanzminister in der „Zwentendorf-Zeit“ Hannes ANDROSCH mit leerem Stroh, das schon in der österreichischen Auseinandersetzung um „unser“ AKW ge...droschen wurde. Der medizinische Strahlenabfall kommt an die Quantität der industriellen Atomanlagen, wenn es um schwach- und mittelaktiven Abfall geht, und an die tödliche Strahlungsintensität, wenn es um den hochaktiven abgebrannten Reaktorbrennstoff geht, nicht annähernd heran! Abgesehen davon ist eben schon der radioaktive Abfall aus der Medizin nicht harmlos, sondern problematisch.



Den renommierten britischen THE GUARDIAN interessiert's – die allermeisten österreichischen Medien schert es nicht:

theguardian

Toxic link: the WHO and the IAEA

A 50-year-old agreement with the IAEA has effectively gagged the WHO from telling the truth about the health risks of radiation. –

The Guardian, 28 May, 2009.



Das ist die Überschrift zu einem ausführlichen und dabei spannenden Artikel des Journalisten Oliver Tickell:

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/may/28/who-nuclear-power-chernobyl>



Sonderbare (Nicht-)Vorkommnisse rund um WHO-IAEO-Aktion in Wien: Transparent-Krimi und ministeriell umgelenkte Fotografen?...

Laut Liefervertrag mußten die zwei Transparente von einer Grödiger Firma 10 – 15 Tage nach Auftragserteilung in der PLAGE eintreffen, das hieß allerspätestens am Mittwoch, dem 27. Mai. Versprochen worden waren sie kurz zuvor für den 26. Mai. An diesem Dienstagabend fuhr sicherheitshalber ein PLAGEgeist direkt zur Firma. Und erhielt die Auskunft: Der LKW, der sie vom Produktionsort bringen sollte, „ist unbekanntem Aufenthaltes verschollen“! Die Firma konnte angeblich auch den Fahrer nicht erreichen, dieser meldete sich seinerseits nicht, das Kennzeichen des LKW konnte oder wollte die Firma ebenfalls nicht nennen. Was tun in Wien ohne den Hauptbestandteil der Kundgebung?! Ohne die beiden großen Spruchbänder als Blickfang für die Pressefotografen, die wir mit Fug und Recht erwarten konnten (> s. unten)! Das eine in Deutsch, das einforderte, was das offizielle Österreich in Sachen WHO-IAEO-Abkommen tun kann, das andere in Englisch, das den internationalen Charakter und damit den Hauptaspekt der Vereinbarung ansprach und von dem man hoffen konnte, es gingen auch einige Aufnahmen in die Welt hinaus...
Wäre es eine Aktion allein der PLAGE gewesen, wäre es schlimm genug

visten von der *Plattform für eine unabhängige WHO* in Genf, die extra angereist waren?

Um die Geschichte abzukürzen: PLAGE-Aktionsleiter Thomas Neff gelang das Kunststück, daß eine andere Salzburger Firma das noch wichtigere der beiden Transparente, das englische, binnen eines halben Tages genau gleich herstellte. Sekretärin Heidi Stranzinger holte es am 27.5. Nachmittag beim Mittersiller Unternehmen ab, preschte damit zurück nach Salzburg und übergab es dort bei der Autobahnauffahrt Mitte an einen Masseurkollegen Thomas Neffs, der dafür aus Wels angefahren war und mit dem Transparent postwendend nach Wien aufbrach. Dort lieferte er es gegen elf Uhr abends im Hotel ab, wo Neff und der Koordinator der Aktion, PLAGE-Obmann Heinz Stockinger, für die eine Nacht bis zum Donnerstag-Einsatz ihr „Hauptquartier“ aufgeschlagen hatten. Ihm, Dr. Hensel, der praktisch von einer Minute auf die andere dieses Eilkommando übernahm, unseren ganz besonderen Dank!

In Wien witzelten wir dann: Na, da hätten Verschwörungsgläubige ordentlich Stoff! Doch absurd zB annehmen, daß der Fahrer jenes LKW just von Atombetreibern „angeheuert“ sein sollte – der transportierte

aber als sehr möglich erscheint, daß die – schweigende – Grödiger Firma ihre Transparente in Tschechien herstellen läßt, ist nicht mehr ganz auszuschließen, daß man dort die Gelegenheit wahrgenommen hat, mit einer simplen Verzögerung der Lieferung um ein, zwei Tage eine unangenehme Atomgegneraktion am Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO „eleganter“ zu vereiteln...

Auch Fotografen „in Luft aufgelöst“?

In einer anderen Feuerwehreaktion wenige Tage vor der 3-teiligen Aktion in Wien hatte die Kundgebung vom Gesundheitsministerium weg verlegt werden müssen. Da bot sich ein geradezu günstiger Ort und ein passender Anlaß an: die Ost-West-Konferenz „Geteilt | Geeint“ des Außenministeriums in der Hofburg am selben 28. Mai Vormittag in der Hofburg. Nicht nur waren zu diesem Gedenken an den Fall des Eisernen Vorhangs 1989 hochrangige Delegationen aus allen ost- und westeuropäischen Staaten eingeladen, sondern alle diese Länder waren von der Strahlenwolke aus Tschernobyl betroffen – die sich einen feuchten Kehricht um den Eisernen Vorhang wie jegliche sonstige Genze geschert hatte. Und just das Tschernobyl-„Management“ beweist, welche Folgen das 50 Jahre alte Abkommen zwischen IAEO und WHO hat. Zudem hatte das Außenministerium sämtliche Pressefotografen für 8.30 Uhr zum Josefsplatz an der Hofburg geladen. Für dort nun meldeten wir die Kundgebung zu WHO-IAEO an. Zwei Tage später waren wir mit unserem einen nachbeschafften Transparent und der übrigen Inszenierung um 8.30 Uhr am Josefsplatz gestellt. Doch kein einziger Fotograf. Noch etwas Unerklärliches im Umfeld dieser Aktion. Vermuten könnte man höchstens, daß das Außenministerium im letzten Moment die Fotografen des In- und Auslands an einen anderen Ort umdirigiert hat. Eine derartige Institution kann das jedenfalls auch innert ein, zwei Tagen schaffen.

Mediziner und Atomgegner/innen an Regierung



2009: weg mit IAEO-WHO-Abkommen 1959

Dieses Spruchband – hier die Grafik-Vorlage – kam am 28. Mai bei der Hofburg nicht zum Einsatz: nach dem unglaublichen Verschwinden beider Transparente konnte nur das noch wichtigere innerhalb eines halben Tages nachbeschafft werden.

gewesen, daß Transporter, Chauffeur und Transparente sich im letzten Augenblick „in Luft aufgelöst“ hatten. Wie das aber den Partnerorganisationen in Wien begreiflich machen? Unserem Gastexperten Prof. Dr. Michel Fernex von IPPNW-Schweiz? Und den beiden französischen Akti-

och in der Regel ganz andere Spruchbänder. Ein Unfall schied zwar praktisch aus – der wäre bald gemeldet worden, doch war da jedenfalls viel wahrscheinlicher, daß er mit dem Fahrzeug durchgegangen oder dieses überhaupt von anderen gestohlen worden war. Seit

Aus den Statuten der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

- „Um ihre Ziele zu erreichen, hat die Organisation
- als leitende und koordinierende Behörde zu agieren;
 - auf Ersuchen der Regierungen bzw. mit deren Einverständnis geeignete technische Hilfe und in Notsituationen die nötige Hilfe zu leisten;
 - die Forschung im Gesundheitsbereich zu fördern und zu steuern;
 - unter den Völkern die Herausbildung einer aufgeklärten Öffentlichkeit in Sachen Gesundheit zu unterstützen.“

Kommentar Independent WHO

Nach Tschernobyl hat die WHO keine dieser Pflichten wahrgenommen. Die WHO hat auf dem Gebiet der ionisierenden Strahlung und in der Erforschung der gesundheitlichen Folgen* der schlimmsten Industriekatastrophe aller Zeiten – der Explosion eines Atomreaktors in Tschernobyl – ihre Statuten mißachtet.

* Insbesondere im Bereich der Genetik.

Aus dem Abkommen WHO – IAEA:

Artikel I – Zusammenarbeit und Konsultation, Abs. 3: „Wann immer eine der Parteien die Durchführung eines Programms oder einer Tätigkeit in einem Bereich beabsichtigt, der für die andere Partei von maßgeblichem Interesse ist oder sein kann, konsultiert erstere letztere zwecks Regelung der Frage im gegenseitigen Einvernehmen.“ (Hervorhebung PN-Red. Das heißt, vor der Durchführung jeglicher Studie über Strahlenfolgen, ob von Tschernobyl oder Atomtests oder Uranmunition, ist die WHO auf das Einvernehmen mit der IAEA angewiesen, welche die Förderung der Atomenergie als einen Hauptzweck in ihren Statuten hat.)

Artikel III – Austausch von Informationen und Dokumenten, Abs. 2: „Vorbehaltlich der Abmachungen, die für die Wahrung des vertraulichen Charakters bestimmter Dokumente erforderlich sein könnten, halten sich das Sekretariat der IAEA und das Sekretariat der WHO über alle Vorhaben und Arbeitsprogramme, die für beide Parteien von Belang sein können, gegenseitig auf dem laufenden.“

Kommentar Independent WHO:

Die Welt muß von diesem unmoralischen Abkommen Kenntnis bekommen, und die Politiker müssen es revidieren, denn es erlaubt dem weltweit wichtigsten Promotor der kommerziellen Atomnutzung, die WHO mundtot zu machen oder sie dazu zu bringen, Lügen zu verbreiten.



Protestmarsch zum WHO-Sitz in Genf am 21. Tschernobyl-Jahrestag (26.4.2007). Mit dem Tag begann die seither ununterbrochene Mahnwache gegen das Abkommen mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO).

Bataan: Zwentendorf Nr. 2 – oder doch nicht?

Nie betriebenes AKW nach 32 Jahren abgezahlt

Entgegen der landläufigen Meinung gibt es einen zweiten „Fall Zwentendorf“ auf der Welt. Nicht gemeint sind halb- oder dreiviertel fertige AKW-Ruinen in den USA und anderen Atomstaaten. Wie Zwentendorf in Österreich war das AKW Bataan das erste und dann einzige auf den Philippinen. Und es war betriebsfertig. Ähnlich wie Zwentendorf von Wien ist Bataan nur unweit der Hauptstadt Manila. Ein großer Teil der Bevölkerung der Insel Luzon wehrte sich vehement gegen den Bau, ein Lieblingsprojekt von Diktator Ferdinand Marcos, der vom Reaktorbauer Westinghouse 80 Millionen Dollar „Provision“ erhalten haben soll.

Nach Marcos Sturz 1986 besuchte ein internationales Inspektoren-

fassungsgesetz für ein atomfreies Österreich Juli 1999.

Doch just seit der Schuldentilgung ist auch die jetzige Regierung in Manila unter die Atom-Revivalbands gegangen. Nach Inspektion durch ein Team der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) 2008 sagte Energieminister Angelo Reyes, das seit einem Vierteljahrhundert eingemottete AKW könne um weitere 800 Millionen Dollar binnen fünf Jahren wieder funktionstauglich gemacht werden, plus zwei Jahre für eine Machbarkeitsstudie.

Sonderbar: Reyes' unmittelbarer Vorgänger als Energieminister, Raphael Lotilla, hatte bloß ein Jahr zuvor gemeint: „Aufgrund der strengen Anforderungen der IAEA wäre

SALZBURGER NACHRICHTEN 31. 8. 77

Atomkraft nur mit Zweidrittel-Mehrheit

Volkspartei akzeptiert SPÖ-Vorschlag — Parteienübereinkommen ist zu fixieren

Damals versuchten große Teile der SPÖ, ÖVP und auch im Wirtschaftsflügel der FPÖ, das Atomsperrgesetz vom Dezember 1978 zu Fall zu bringen. Doch nur mit Zweidrittelmehrheit, also SPÖ+ÖVP, hätten sie sich aus wahltaktischen Gründen drübergetraut.

team die 1984 fertiggestellte, aber wegen der Proteste nicht in Betrieb genommene Anlage und befand sie als unsicher und nicht betriebsfähig. Der Hauptgrund: Bataan liegt nahe mehrerer Erdbeben-Hauptlinien. Bis 2007 zahlte der philippinische Staat an den Zinsen für die Kredite zur Deckung der 2,3 Mrd. Dollar Errichtungskosten. Ähnlich wie auch der Verbund und die beteiligten Landeselektrizitätsgesellschaften Zwentendorf nach 1978 erst einmal abzahlen mußten. Zuletzt bleichten die Steuerzahler der Insel-Republik immer noch 155.000,- Dollar pro Tag(!) zur Tilgung der Auslandsschulden für den Atommeiler – insgesamt 1,06 Mrd. Dollar.

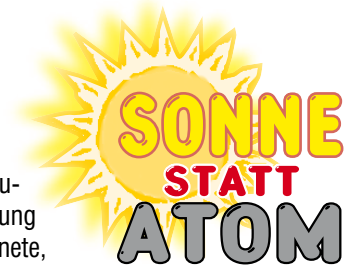
Damit schien das Schicksal des AKW Bataan à la Zwentendorf besiegelt, zumal die neue Präsidentin Aquino nach Marcos' Entmachtung ein Kernkraftverbot in die philippinische Verfassung aufnehmen ließ – auch hier eine Ähnlichkeit mit Österreich: Atomsperrgesetz Dezember 1978 und Bundesver-

es weit teurer, das Kraftwerk wieder in Schuß zu bringen, als ein neues zu bauen.“ Der Bischof der Region, Socrates Villegas, erklärte: „Das Werk wurde schon vor 30 Jahren für zu unsicher erklärt, und es kann nicht einfach mittels Parlamentsbeschluß sicher gemacht werden.“ Inzwischen hat sich schon massiver Widerstand formiert.

Das „Zwentendorf-Schicksal“ ist dem AKW Bataan jedenfalls noch nicht endgültig sicher. Und der österreichische Industrielle, ex-Finanzminister und Immer-noch-Atomfan Hannes Androsch wird uns vermutlich empfehlen, dem philippinischen Beispiel zu folgen und Zwentendorf zu reaktivieren... Daß eine Zeitschrift mit kritisch-wacher Grundhaltung wie *Kiche In* in ihrer Ausgabe Juni 2009 – ohne sie im mindesten zu hinterfragen – Androsch sogar die allerältesten und plumpsten Atom-Ammenmärchen aus der Zwentendorfzeit auf-tischen läßt, wird ihn und andere ja von der „Atom-Renaissance“ weiterträumen lassen.



IRENA gegründet: Erneuerbare Energien international voranbringen



Deutschland, Dänemark und Spanien waren Vorreiter bei der Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA). 75 Staaten hoben sie Ende Jänner in Bonn aus der Taufe. Vater der Zukunftshoffnung aber ist der „Hero of the Green Century“ (US-Magazin TIME) Hermann Scheer, der SPD-Bundestagsabgeordnete, der vor Jahren auch mit Eurosolar einen der Verbände ins Leben rief, die am hartnäckigsten an der Überwindung der Widerstände gegen Erneuerbare Energien (EE) gearbeitet haben. Mit IRENA ein Gegengewicht zur Internationalen Atomenergieagentur der UNO (IAEA) zu schaffen, ist dabei einer der wichtigsten Schritte.

Die deutsche Regierung und Umweltverbände feiern die IRENA-Gründung als wichtigen Meilenstein in eine zukunftsfähige, klimafreundliche Energieversorgung. Bundesumweltminister Siegmund Gabriel forderte vor 400 Regierungsvertretern aus 120 Ländern – manche „beobachten“ vorerst lieber mal –, das riesige Potential der regenerativen Energien zu nutzen. (Nach VDI-nachrichten, 30.1.2009)

PLAGE TAGEBUCH

September 2008

Übersetzung: „Appell für ein atomfreies Europa“

Aus der „3rd Rally for International Disarmament, Nuclear, Biological and Chemical“ der *Action des Citoyens pour le Désarmement Nucléaire* vom Mai 2008 ist der „Appel de Saintes“ hervorgegangen, benannt nach der südwestfranzösischen Stadt, wo diese internationale NGO-Abrüstungskonferenz stattfand. Dieser Aufruf wendet sich vor dem Hintergrund der versuchten Europäischen Verfassung bzw des EU-Reformvertrags („Vertrag von Lissabon“) an die Bürger und Politiker/innen des Kontinents, alles für den Rückzug aus der zivilen und militärischen Atomnutzung zu unternehmen. Die deutsche Fassung wurde von der PLAGE bewerkstelligt. (http://acdn.france.free.fr/spip/article.php3?id_article=406&lang=fr)

Kernfragen an die Parteien zur NR-Wahl

Unter Federführung der PLAGE werden die zur Nationalratswahl am 28. September antretenden

Parteien mit drei Fragen zur künftigen österreichischen Atom- und Klimapolitik auf EU- und internationaler Ebene konfrontiert. Eine Zusammenfassung der Antworten finden Sie zB unter www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1033328. Hier die drei Fragen (gekürzt):
1. „Klimafreundliche“ Atomenergie: Werden Sie sich in den EU-Gremien einer Begünstigung der Atomenergie unter dem Titel „CO2-arme Technologien“ oder gar als „erneuerbare“ Energiequelle aktiv widersetzen?



Unhappy Birthday! wünschte Jean-Yves Peillard mit diesem Foto, das er am Aktionstag 28. Mai vor der Internationalen Atomenergieagentur in der Wiener UNO-City aufgenommen hat, dem IAEA-WHO-Abkommen.

2. Knebel-Abkommen IAEA-WHO: Werden Sie nachdrücklich dafür eintreten, daß Österreichs Gesundheitsminister ehestmöglich in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen Antrag auf Auflösung des Abkommens einbringt, welches die WHO im Bereich radioaktive Strahlung der Internationalen Atomenergieagentur unterwirft?
3. Atompolitische/r Sonder-Beauftragte/r: (...), daß die Regierung eine/n Atomsonderbeauftragte/n einsetzt – mit der ausschließlichen Aufgabe, die Kontakte, den Informationsaustausch, die

Sondierung und Ausarbeitung gemeinsamer Positionen und Initiativen mit anderen atomkritischen Staaten – sowie mit atomkritischen Kräften in Atombetreiberstaaten systematisch auszubauen („Koalition atomfreier Länder – KOALA“)?

Nov. – Dez. 2008

30 Jahre Zwentendorf im Kino

DAS KINO ermöglicht es der PLAGE, mehrere Wochen lang vor jeder Filmvorführung im Hauptsaal mittels mehrerer Stand-Dias den Besuchern den „Frühling“ der österreichischen Demokratie rund um die Atomvolksabstimmung 1978 zu vermitteln, sowie die Früchte, die er umwelt-, energie- und demokratiepolitisch gebracht hat (> vgl. S. Bataan, und S. 10 PLAGE-ECHO). Ein großer Dank an DAS KINO an der Salzach!

27. Februar 2009

Bei Nuklearkoordinator der Regierung und WHO-IAEO-Partnern in Wien

Unter anderem bekundet Dipl.-Ing. Andreas Molin, Leiter der nuklearpolitischen Koordination im Umweltministerium, gegenüber PLAGE-Vertreter Heinz Stockinger Interesse an einer Folgearbeit zur PLAGE-Konferenz und -Tagungsband „Updating International Nuclear Law“ (Aktualisierung des Atom-

Völkerrechts). Seine Bereitschaft, im Falle ausreichender Budgetmittel eine permanente Kraft für diese Arbeit (mit) zu finanzieren zerschlägt sich allerdings, als das neue 2-Jahresbudget im April beschlossen wird.

Mit Dr. Hanns Moshhammer und Dr. Peter Wallner, *ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt*, sowie Johanna Arbeitshuber und Christina Hasengruber von der *Wiener Plattform für eine atomkraftfreie Zukunft* bespricht Stockinger erstmals ausführlich die Zusammenarbeit mit dem Ziel, über das fatale Abkommen von 1959 zwischen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Österreich aufzuklären. (> Siehe Schwerpunkt dieser PN.)

3. April 2009

Einwendung im UVP-Verfahren zu Mochovce 3 & 4

Die PLAGE reicht eine eigene 4-seitige Stellungnahme zur Fertigstellung der vor langem begonnenen Atomblöcke 3 und 4 am Standort Mochovce ein.

3. & 17. Mai 2009

„Raus aus EURATOM!“ bei Salzburger AMREF-Marathon und Linz-Marathon

„Die Veranstaltung in Linz war eine echte Freude“, so Thomas



Neff, das Herz der PLAGE-Lauftruppe. Nicht daß das nicht auch für den Salzburger Lauf gegolten hätte. Aber „die Laufbegeisterung der Salzburger hat sich (in Linz) richtig gesteigert. Durch die große Anzahl der Aktivisten, insgesamt waren es mit ÖÖ 100 LäuferInnen, kam eine prächtige Stimmung auf. Da alle Läufer entweder durch ‚Raus aus Euratom‘-Botschafterschleifen oder durch ‚Raus aus Euratom‘-Leibchen erkenntlich waren, war es ein Genuss, diese Botschaft hinaustragen. Der Applaus war uns sicher, und natürlich lassen wir uns immer wieder etwas ‚Neues‘ einfallen. Nach dem ‚Rückwärtslaufen‘ und ‚Bloßfüßig-Laufen‘ die vergangenen Male war heuer der Anti-Atom Ritter dran, der in einer 20 kg schweren ‚Rüstung‘ über 20 km gelaufen ist. Der Hinweis auf eine rückständige und nicht mehr zeitgemäße Energieform gelang sehr gut.“

Langsam bildet sich eine „Raus aus Euratom“-Laufgruppe heraus – in der weitere Läufer/innen gerne gesehen sind! Im nächsten Jahr werden der Salzburger- und der Linz-Marathon wieder ein fixer Bestandteil unserer vielen PLAGE-Aktionen sein.

31. Mai 2009

Brief an Pariser Generalstaatsanwalt

Einer der Aktivisten des französischen Atomgegner-



netzwerks *Réseau Sortir du Nucléaire*, der dem Atomstaat par excellence am stärksten zusetzt, ist Stéphane Lhomme. Vor rund zwei Jahren wurde er festgenommen, sein Büro und PC durchsucht. Warum? Er hatte ein internes Papier der französischen Atomwirtschaft veröffentlicht, das feststellte, daß der hochgepriesene neue „Euro-Reaktor“ EPR nicht gegen den Absturz oder Angriff schwerer Flugzeuge gewappnet ist. Eine solche Veröffentlichung, die die öffentlichen Versicherungen der französischen und anderen Atombetreiber mit ihren eigenen Worten Lügen straft, ist natürlich für die „Atom-Renaissance“ nicht so günstig. Denn deren Herzstück soll ja eben dieser angeblich entscheidend verbesserte European Pressurized-Water Reactor, kurz EPR, sein. Um das Korsett um die Atomkritiker in solchen Fällen möglichst eng schnüren zu können, wurde im ohnehin schon von Atomgeheimhaltung geprägten Frankreich vor mehreren Jahren ein Gesetz beschlossen, das alles, was im Atombereich irgendwie – sehr dehnbar – den militärischen Schutz und militärische Interessen des Staates berühren könnte, unter das *secret-défense* fällt. Unter die militärische Geheimhaltung. Und das dementsprechend jegliche Handlung, die man irgendwie als Verletzung oder Gefährdung dieses *secret-défense* auslegen kann, unter strenge Geld- und Haftstrafen stellt. Stéphane Lhomme ist seither mehrfach vorgeladen und

lange verhört worden. Noch einen Schritt weiter, und man wäre fast bei postsowjetischen Verhältnissen, wie sie etwa im heutigen Rußland wieder herrschen. Die Entscheidung „Prozeß ja oder nein“ wird ganz ungewöhnlich lange hinausgeschoben, wohl um einfach das gerichtliche Damoklesschwert möglichst lange über ihm schweben zu lassen und so seinen „Aktionseifer zu bremsen“. Das *Réseau Sortir* fordert nun, daß das Verfahren gegen Lhomme endlich eingestellt wird. Diese Forderung unterstützt die PLAGE Ende Mai in einem längeren Schreiben an den Oberstaatsanwalt des Pariser Berufungsgerichts, Laurent Le Mesle.

26. Mai 2009

Urankolonialismus und die „Renaissance“ der Atomenergie

Claus Biegert, Begründer des Nuclear Free Future Award, berichtete auf Einladung von Salzburger NGOs in der Robert-Jungk-Bibliothek über die dramatischen Folgen des Uranabbaus für die indigenen Völker. Auf Biegert ging bereits die größte nuklearkritische Veranstaltung aller Zeiten, das World Uranium Hearing 1992 in Salzburg, zurück. Heinz Stockinger von der *Salzburger Plattform gegen Atomgefahren* ergänzt mit weniger beachteten Facetten des aktuellen Urankolonialismus in Afrika. Zum Beispiel: der gigantische Wasserverbrauch der Uranförderung, die damit in Saharagebieten des Niger die nur unterirdisch vorhandenen Wasserreserven aufzehrt – ein Schatz von Jahrtausenden vernichtet. Und das, damit jede dritte Glühbirne in Frankreich dank Uran aus dem Niger brennt! (> Vgl. S. 11, HotSpot Int'l.)



Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit von *Afro-Asiatischem Institut (AAI)*, *PLAGE*, *Robert-Jungk Bibliothek*, *Umweltreferat der Erzdiözese*, *Kath. Hochschulgemeinde (KHG)* und *Südwind Salzburg* statt.

TERMINE

19. Juni 2009:

20 Jahre Ende der WAA – Die Zukunft mit erneuerbarer Energie in der Oberpfalz-halle Schwandorf, mit WAA-„Rebell“ ex-Landrat Hans SCHUIERER, Kerstin RUDEK (Gorleben), Dana KUCHTOVA (Temelin) und als Hauptredner MdB Hermann SCHEER, Präsident von Eurosolar. – Musik: Geschwister Winterer und Die Mehprimeln.

23. Juni 2009:

Schülerinformation in Zell am See mit PLAGE-Geist MMag. Peter MACH-ART.

8. Juli 2009, ab 10.00 Uhr
20 Jahre „Aus“ für die WAA Wackersdorf! – Gedenkveranstaltung der PLAGE beim „WAAhnsinns-DenkMal“, unteres Ende Mozartplatz in der Salzburger Innenstadt. Und auf demselben Platz:

8. Juli 2009, 10.30 Uhr
Enthüllung eines Dokuments zu Österreichs EURATOM-Austritt. Mit ao. Univ.-Prof. Dr. Michael GEISTLINGER.



Wackersdorf-DenkMal in Salzburg





ORF u.a. berichten über „PLAGE-Plakatstraße“ zu 30 Jahre Atomabstimmung

Salzburg-TV, ORF-Radio, ORF-TV Salzburg Heute, Antenne Salzburg interviewen und filmen vor dem Hintergrund der „Zwentendorf-Erinnerungsallee“ am Alten Markt mit den unübersehbaren Plakaten aus der Zeit 1977-1980. Die FURCHE bringt Teile eines Interviews mit Heinz Stockinger, der 1977 und danach Mitglied im Koordinationsgremium der Initiative Österreichischer AKW-Gegner (IÖAG) war, einem der beiden Dachverbände neben der ARGE Nein zu Zwentendorf. Bei dieser Gelegenheit nachträglich Hoch-

achtung für den Zwentendorf-Themenabend des ORF 2, in welchem die Atomunfall-Fiktion „Der erste Tag“ von Regisseur Andreas Prochaska und die Dokumentation „Die Akte Zwentendorf – Österreich am Weg zur Volksabstimmung“ am meisten beeindruckten. Auch ein Großteil der Printmedien arbeitete in Serieldokumentationen entscheidende



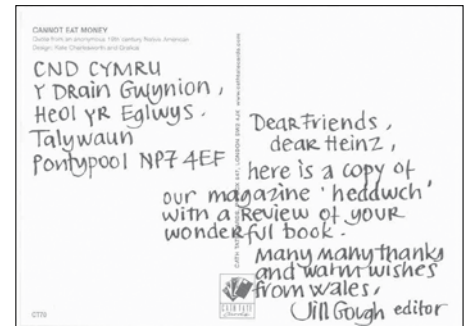
Ereignisse und Zusammenhänge der großen Auseinandersetzung um die Atomfrage heraus, ebenso wie wesentliche Auswirkungen auf Österreichs heutige Demokratie, Energie- und Umweltpolitik.

„30 Years 'No' to Zwentendorf“ im Nuclear Monitor

Der seinerseits seit ebenfalls rund 30 Jahren erscheinende Nuclear Monitor des World Information Service on Energy (WISE) in

Amsterdam bringt einen ausführlichen PLAGE-Beitrag über den historischen Sieg über die Atomwirtschaft in Österreich. Auch weil es „good to remember“ ist, gerade heute „in times of 'nuclear renaissance““, daß Bürger auch gegen eine übermächtige Lobby aufstehen, eine Volksabstimmung herbeiführen und gewinnen können. (www10.antenna.nl/wise/)

Ein Kartengruß von CND Cymru, dem walisischen Zweig der britischen Campaign for Nuclear Disarmament (CND). Unter dem Titel „Beyond Our Noses“ („Über den Tellerrand“) hatte dessen Zeitschrift „heddwch“ (Walisisch-Keltisch) eine sehr positive Besprechung des beim Neuen Wissenschaftlichen Verlag 2007 erschienenen PLAGE-Buches „Updating International Nuclear Law“ gebracht.



not sports INT'L – SLOWAKEI

Causa Bohunice – Antrag auf Vertragsverletzungsverfahren

„Mit den Vorbereitungsmaßnahmen zur Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Bohunice hat die Slowakische Republik gegen den Beitrittsvertrag verstoßen. Das muss Konsequenzen haben“, erklärte der Präsident des Umweltdachverbandes, Gerhard Heilingbrunner, vor kurzem. Der UWD reichte Mitte Jänner 2009 in dieser Causa einen Antrag an den EU-Energie-Kommissar Andris Piebalgs ein, in dem er die sofortige Einleitung eines beschleunigten Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Slowakei fordert. Ferner einen Stopp der Auszahlung weiterer Gemeinschaftsgelder im Zusammenhang mit Bohunice, sowie die Überprüfung durch Kommission, Betrugsbekämpfungsbehörde (OLAF) und Rechnungshof der EU, ob die bisherigen Geldmittel widmungsgemäß verwendet wurden.

(Quelle: Umweltdachverband, 12. und 13.1.2009)

not sports INT'L – RUSSLAND u.a.

„Miss Atom“ – klare Botschaft: „Atom ist geil“

Bis 20. Februar hatten sich 350 „Girls“ aus Rußland, Ukraine, Weißrußland, Kasachstan und Litauen zum Wettbewerb für den Titel der „Miss Atom 2009“ gemeldet – „ein neuer Rekord“, wie Ilja Platonov, der Generalmanager des Internetportals Nuclear.Ru, verkündete. „Wir freuen uns, daß der Bewerb populärer wird. Doch nicht die Zahl der Teilnehmerinnen ist entscheidend, sondern daß Miss Atom sein Image-Ziel erreicht: wir verfolgen die russische und ausländische Berichterstattung sehr genau und stellen fest, daß Unverständnis und Spott gegenüber unserem Schönheitsbewerb zunehmend Platz machen für Anerkennung der Atomkraft und Bewunderung der schönen Mädels, die für sie tätig sind.“

Bis 5. März 2009 lief die Internet-Abstimmung um die Schönste im ganzen Atomland. Tags darauf wurden die Gewinnerinnen bei der Preisverleihung in Moskau verkündet.

Es gibt wirklich nichts, wozu weibliche Attraktivität nicht herhalten müßte. Wenn nun die kommerzielle Perversion der Atomfanatix so grenzenlos ist wie die Radioaktivität, sollte man sich zumindest die Sponsoren des „Miss Atom“-Veranstalters Nuclear.Ru merken: Hauptsponsor ist – wenig überraschend – der russische Staatskonzern Atomenergoprom, ein weiterer der Komponentenzulieferer Atompromresursy. Unter den Partnern des Veranstalters finden sich die niederländische Firma Keune Haircosmetics und Leading Hotels of the World Ltd.

Uranabbau: Grundwasser in Wüste auf ewig verschleudert!

Laut AFP vom 5.1.2009 hat der weltgrößte Atomkonzern Areva (ex-Framatome + Cogema) von der Regierung des Niger die Konzession zum Abbau weiterer Uranvorräte erhalten. Die neue Uranlagerstätte von Imuraren soll „die größte Afrikas und die zweitgrößte der Welt“ sein; der Niger wird mit dem geplanten Anlaufen der Uranerzförderung 2012 zum zweitgrößten Uranlieferanten der Welt.

Dabei haben neben den Arbeitsbedingungen, Belastungen von Umwelt und zehntausenden Menschen mit radioaktivem Staub usw die von Areva-Cogema bereits länger betriebenen nigerischen Uranminen bei Arlit einen Raubbau noch ganz anderer Art verursacht: Innerhalb 40 Jahren haben sie 70% des vor Jahrmillionen gebildeten, unwiederbringlichen Grundwassers erschöpft. Schreitet dieser Wasserverbrauch für die Uranerzgewinnung fort, wird in dem ganzen Tenere-Air Wüsten- und Berggebiet kein Grundwasser mehr übrig sein. Areva ist gerade dabei, eine 30 km lange Rohrleitung zu einer der derzeit ausgebeuteten Minen zu legen, um sie weiter mit Wasser zu versorgen... (> Vgl. auch PN 2/2007 zum Wasserverbrauch der AKWs. Und dazu „paßt“ folgende Entdeckung über AREVA in Österreich:)

Österreichische Tochter des größten Atomkonzerns der Welt



„Die AREVA T&D Austria AG, das österreichische Tochterunternehmen der französischen AREVA-Gruppe, bietet Systemlösungen für Energieversorgungsunternehmen und für die Industrie an. Neben dem Vertrieb der eigenen Produkte profitiert die AREVA T&D Austria AG von dem umfangreichen Angebot des Konzerns, das vom Generatorleistungsschalter über Transformatoren bis hin zu kompletten Umspannwerken reicht. Das Leondinger Unternehmen ist somit Gesamtlösungsanbieter im Bereich Energieübertragung und -verteilung.“ – Erwirtschaftet es (2008: 40 Mio. Euro Umsatz, 170 Mitarbeiter) damit seinen Gewinn auch mit der Errichtung der aktuellen 380kV-Hochspannungsleitungen („Atomstrom-Autobahnen“)?! Man wird sich diese Österreich-Tochter des weltweit größten Atombetreibers, der mehr als alle anderen auch die „Atom-Renaissance“ lanciert hat und pusht, merken müssen...



„Nur wer seine alte Möhre verschrotten und sich stattdessen ein Solarmobil anschaffen will – der geht leer aus.“

- Volker BUDDENSIEK, Chefredakteur der Fachzeitschrift SonneWindWärme, in deren Ausgabe 4/2009 zur „Verschrottungsprämie“ zur Ankurbelung der Autoindustrie in der Krise. Die hingegen, die sich einen neuen „Stadt-Geländewagen“ für den alten damit holen, die krieg(t)en die 2.500,- €. Vertane Chance für einen Lenkungseffekt in Richtung einer entscheidenden Ökologisierung der Autoproduktion.

„... entsteht im Ausland der Eindruck, alle Franzosen seien für Atomstrom.“

- Nämlich weil in der „Grande Nation“ vor über 30 Jahren den „Beschuß, ohne Wenn und Aber auf die Kernkraft zu setzen (...) nicht das Parlament oder ein anderes demokratisch legitimes Gremium traf“ und „Atompolitik seit Jahrzehnten eine Technokratenkaste, der Corps des Mines, macht. Die Entscheidung“, in Frankreich jetzt „einen eigenen EPR zu bauen, fiel beispielsweise, bevor Bürger und Politiker darüber diskutieren durften“, schildert in seltener Klarsicht der Journalist Michael KLÄSGEN im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung vom 20.5.2009. Und „weil Zweifel auf diese Weise erst gar nicht wahrnehmbar werden“, meinen im Ausland viele, in Frankreich gebe es keinen Antiatomwiderstand, ja nicht einmal Atomskepsis. Weit gefehlt! „Die Umfragen (...) belegen: sie denken darüber ähnlich wie die Deutschen. Nur wenige befürworten zum Beispiel den Neubau von Reaktoren. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Ländern ist: In Frankreich wird diese Meinung unterdrückt.“



„Präsident Obamas erstes Budget stoppt nahezu alle Finanzierung des Yucca Mountain Projekts.“

- Das Nuclear Information and Resources Service (USA) sieht das im Nuclear Monitor vom 19.3.2009 als den ersten Schritt der neuen US-Regierung hin zur Aufgabe des umstrittenen Vorhabens, im Bundesstaat Nevada das erste Endlager für hochradioaktiven Abfall der USA zu errichten. Obama erfüllt damit ein Wahlversprechen.



Umfrage: 48% zu 37% gegen weiteren Atombau in Finnland

YLE ist Finnlands größte TV- und Radio-station. Die vom Meinungsforschungsinstitut Taloustutkimus im Auftrag von YLE unter 1.000 Personen durchgeführte Umfrage zeigt, daß 48% der finnischen Bevölkerung dagegen sind, daß weitere Atomreaktoren zusätzlich zu den vier bestehenden und zum fünften in Bau befindlichen errichtet werden. 37% sind dafür. 15% haben dazu keine Meinung.

Die stärkste Ablehnung der Atomkraft ist laut YLE unter jungen finnischen Frauen zu finden. (Quelle: Bellona, 23.2.2009)

Die PLAGÉ dankt Bürgermeister Dr. Heinz Schaden, den Gemeinderäten und dem Kulturamt im Magistrat für die Jahressubvention zur Unterstützung der Antiatomarbeit ebenso wie dem Land Salzburg, dem zuständigen LR Walter Blachfellner und der Umweltabteilung des Landes. Weiters wird es für das Gedenken an das „Aus“ für die WAA Wackersdorf vor 20 Jahren und an die intensive, das ganze Land erfassende grenzüberschreitende Auseinandersetzung eine Sonderzuwendung der Stadt geben.



Anm.d.Red.: Die PN gibt diese Zeitschrift wegen ihrer Fragen zu ökologischer und energetischer Nachhaltigkeit wieder.

Neue Mitte Lehen – ein großes Fragezeichen ragt in den Himmel. Modern?

Das Stadtteilzentrum Neue Mitte Lehen, hoch gelobt in den Medien, angeblich geliebt von der Bevölkerung, gepriesen als eines der „schönsten“ Bauwerke Salzburgs. Modern mutet es an mit seinen großzügigen Räumen und der durchgehenden Glasfassade. Wagemutig spannt sich die Bibliothek als riesiges Dach über den Vorplatz. Frei schwebend auch die Sky-Bar und das Haus gegenüber auf den Stelzen. Aber hat es dieses Lob verdient, was ist es, außer großstädtisch? Ist es modern im Sinne von zukunftsträchtig, modern im Sinne von nachhaltig, oder vielleicht ökologisch vorbildlich, möglicherweise umweltbewusst gestaltet, ressourcenschonend, energiesparend, klimafreundlich? Steht es am Boden der Tatsachen? Ist es mit der Realität von Ressourcenknappheit, Klimawandel, Wirtschaftskrise verbunden? Hat es Verbindung zu Mutter Erde, sozusagen Bodenhaftung, oder schwebt es irgendwo, wo es egal ist, ob Energie und Zukunft verschwendet wird?

Dazu der Ausschnitt eines Presstextes zur Messe „Bauen und Wohnen“: „Derzeit liegen Hochhäuser mit einer meist durchgehenden Glasfassade im Trend. Das ist aus Sicht der Wärmedämmung nicht besonders sinnvoll, längst zählen Klimaanlagen in ihrer ‚Heimat‘, den USA, zu den größten Energieverbrauchern“...

Gundula Krendl-Gomig, 5020 Salzburg

Zu PN 1/2009, Atom-Volksabstimmung 1978:

(...) Eine Feststellung: Abstimmungen durch das Volk werden hierzulande von der Politik „gewährt“. Sie sind kein Volksrecht!

Meine Meinung: der Kanzler der Republik* (und seine Vasallen) hat uns diese Abstimmung nur deshalb gewährt, weil er durch sein Gespür und durch die Meinungsforscher-innen sicher gemacht wurde, zu gewinnen. Es ist doch fein, wenn die Regierungsleute sagen können: „Bei uns hat das Volk die Atomkraft gutgeheißen.“

Wären sie nicht so sicher gewesen, hätten sie uns diese Abstimmung nie „gewährt“. Der Plan ist ihnen nur schiefgegangen.

Siegfried Eder, Schriftsetzerei für direkte Demokratie & Selbstversorgung, 6522 Prutz am Inn

* Anm.d.Red.: Es ist natürlich vom damaligen Kanzler Bruno Kreisky die Rede. Am ursprünglichen unlauteren Motiv Kreiskys zweifelt wohl niemand. Immerhin verdient es eine gewisse Achtung, daß Kreisky 1988 in einem FS-Interview in großem Ernst gesagt hat, daß es sein „größter politischer Fehler“ war, für das AKW Zwentendorf und die Atomenergienutzung in Österreich gewesen zu sein. Beileibe nicht alle Verantwortlichen haben bekanntlich derart aus Tschernobyl gelernt und das zynische Spiel mit dem möglichen massenhaften Leid aus schweren Atomunfällen, aber auch mit dem realen Leid aus der ganzen atomaren Brennstoffkette (Uranabbau...) aufgegeben.

Pb.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens
4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung
variieren aber aufgrund von Aktionen,
Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGÉ
Überparteiliche Salzburger Plattform
gegen Atomgefahren (PLAGÉ).
Homepage: www.plage.cc

IMPRESSUM

PLATTFORM NEWS
Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGÉ). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau